

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 25. Juni 1918. Nr. 171.

Zentralverein zur Verköstigung armer Schulkinder in Wien. Am 6. d.M. fand im Rathause die 30. ordentliche Generalversammlung des Zentralvereines zur Beköstigung armer Schulkinder in Wien statt. Den Vorsitz führte in Verhinderung des Bürgermeisters der 2. Vizepräsident Stadtrat Tomela. Der Jahresbericht und der Rechnungsbeschluss wurden genehmigt und dem Verwaltungsausschusse das Absolutorium erteilt. Als Mitglieder des Verwaltungsausschusses wurden wiedergewählt: Sektionschef i.P. Dr. Ritter von Berger, Herrenhausmitglied Faber, Volksschuldirektor i.P. Kugler, Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, k.k. Regierungsrat, Professor Sturm, Hof- und Gerichtsadvokat Vogler; neugewählt wurde: Frau Minna Meister. Als Revisoren wurden wiedergewählt: Direktor der Stadtbuchhaltung i.P. Höfing, kaiserlicher Rat Kanzleidirektor Meyer, Oberbaurat Edler von Stigler und Bezirksversteher kaiserlicher Rat Wieninger.

Aufstellung von Bänken in Gartenanlagen. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Braun zur Vermehrung der Sitzgelegenheiten in den städtischen Gartenanlagen und Baumanlagen weitere 300 einfache hölzerne Bänke aufzustellen. Da sich die Fälle mehren, dass Gartenbänke ganz oder teilweise gestohlen oder beschaft beschädigt werden, und ein Ersatz sehr schwer zu beschaffen ist, wird das Publikum um Mitwirkung zur Abwehr dieser Uebelstände ersucht. Nach einem Antrage des StR. Schneider wurde der Zusatzantrag genehmigt, dass für die nächste Zukunft die Herstellung von Betonbänken mit Eiseneinlagen in Aussicht zu nehmen ist.

Ein Antrag auf Bildung eines Gemeindeverbandes Gress - Wien.

Die sozialdemokratischen Gemeinderäte haben im April d.J. einen Antrag auf die freiwillige Vereinigung von Ortsgemeinden rings um die Stadt zu einem Gemeindeverband Gress - Wien gestellt. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Dr. Mataja über die Angelegenheit und kam zu folgenden Anträgen, welche zum Beschlusse erhoben wurden: Die Gemeinde Wien versichert es als zweckmässig, in gewissen Fragen der öffentlichen Gemeindeverwaltung durch freiwillige Vereinbarung mit benachbarten Gemeinden einheitliche Grundsätze für die weitere Behandlung dieser Fragen festzusetzen. Als solche Fragen wären insbesondere zu bezeichnen: 1. die wichtigsten Angelegenheiten der Verkehrspolitik, 2. die Bodenpolitik der Gemeinden, 3. die Bau- und Wohnungspolitik, 4. die Assamierung der Gemeinden. In diesem Sinne wäre mit den Wien benachbarten Gemeinden im allgemeinen und mit den südlich von Wien gelegenen Gemeinden im Wiener Becken insbesondere ehstens in Föhlung zu treten.

Freie Fahrt auf der Strassenbahn für die Bezirksräte. Nach einem Antrage des StR. Schneider beschloss der Stadtrat dem Gemeinderat nachstehenden Antrag vorzulegen. Um im Sinne des Wiener Gemeindestatutes den Bezirksräten die Barauslagen bei Kommissionen und sonstigen Amtshandlungen zu vergüten, wird ihnen auf die Dauer ihrer Amtsföhrung die freie Fahrt auf der städtischen Strassenbahn innerhalb des Wiener Gemeindegebietes eingeräumt.

Lehnzuschüsse für die Arbeiter der städtischen Unternehmungen.

In der heutigen Sitzung des Stadtrat stellte StR. Spalowsky folgenden Antrag: In der verigen Woche fanden zwischen der Regierung und den Vertretern der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiterorganisationen Verhandlungen statt, welche zur Bewilligung von Lehnzuschlägen für die in den

Kriegsleistungsbetrieben beschäftigten Arbeiter führten. Mit Rücksicht auf diese Verfügung wird beantragt: Den zur Kriegsleistung herangezogenen Arbeitern der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke sind die gleichen Lehnzuschläge zu gewähren, wie den in den anderen Kriegsleistungsbetrieben beschäftigten Arbeitern. Ebenso ist den Arbeitern und Bediensteten der städtischen Strassenbahnen die gleiche Aufbesserung, wie sie den Angestellten der k.k. Staatsbahnen bewilligt wurde, zu gewähren.

Nach einer Debatte, an welcher sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner, VB. Hess, die StRe. Dr. Hein, Hötzel, Körber und Müller beteiligten wurde die Beratung, ohne dass ein endgültiger Beschluss gefasst wurde, abgebrochen und wird die Beschlussfassung hierüber in der nächsten Stadtratssitzung erfolgen.

Abgabe von Kartoffeln. Die Zuföhren von Altkartoffeln ermöglichen derzeit noch nicht eine allgemeine Abgabe; vorläufig findet eine Abgabe im 10., 11., 12., 16., 17- und 21. Bezirk statt. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge wird mit  $\frac{1}{2}$  kg festgesetzt. Die Kartoffeln werden Donnerstag bis Samstag zum Preise von 17 h für das Kilogramm in der üblichen Weise unter Abtrennung des Wochenabschnittes K der Kartoffelkarte abgegeben. Die Bezirksweise Abgabe der Altkartoffeln wird nach Massgabe des Winlaufes fortgesetzt.

Ausföhlung von Kartoffelkarten. Jene Haushaltungen, welche sich seinerzeit gegen Verzicht auf die Kartoffelkarte selbst mit Kartoffeln versorgt haben, können, da die Versorgungszeit für welche der Verzicht galt, mit Ende Juni abläuft, Kartoffelkarten vom Donnerstag, 27. d.M. an bei der nach ihrem Wohnorte zuständigen Brotkommission beheben. Die ihnen ausgefolgten Kartoffelkarten gelten ab 1. Juli, und enthalten die Abschnitte L und M.

Wiener Gemeinderat

Sitzung am 25. Juni 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, dass der Prekuriist Franz Schweizer 1000 Kronen für die Armen des Bezirkes Hietzing gespendet hat.

GR. Klauy schildert in einer Interpellation die Uebelstände im Lokaleisenbahnverkehr und wünscht insbesondere, dass auf dem Franz Josefs Bahnhöfe die Fahrgäste nicht erst unmittelbar vor Abfahrt des Zuges und nicht bloss durch eine einzige Türöffnung auf den Perron gelassen werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, er werde an die Staatsbahndirektion mit dem dringenden Ersuchen herantreten sofort die geeigneten Massnahmen zu treffen.

GR. Skaret stellt folgende Anfrage: Wie aus einem Bericht des Kriegswucheramtes hervorgeht, wurde festgestellt, dass in der letzten Zeit auf den Wiener Bahnhöfen sich ein reger Schleichhandel mit Kirschen entwickelt hat. Tatsache ist, dass seit langem auf den Wiener Märkten keine Kirschen mehr zu sehen sind und soweit sie in vereinzelten Fällen dennoch vorkommen, werden herrliche Preise von 7 bis 8 Kronen pro kg gefordert. Während in Friedenszeiten das kg Kirschen 20 bis 24 Heller kostete, werden jetzt Wucherpreise gefordert, die aber schon in gar keinem Zusammenhang mit dem Kriege und den erhöhten Kriegsosten stehen. Es sind das die „Segnungen“ der Freigabe des Handels mit Obst, an der leider die Gemeinde Wien und einige Mandatsstreber so regen Anteil genommen haben. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister bereit durch eine strenge Kontrolle durch die Marktergane die Anlieferung sowie den Verkauf des Obstes auf dem Wiener Platze zu überwachen und diesem beispiellosen durch nichts gerechtfertigten Wucher endlich ein Ende zu bereiten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Es ist richtig, dass in der letzten Zeit in der Nähe der Stationsplätze derjenigen Bahnen, die Fahrgäste aus Ungarn bringen sich Winkelmärkte gebildet haben, indem auf der Gasse und in den Haustoren zur ungewöhnlich hohen Preisen Kirschen feilgehalten werden. Das Kriegswucheramt hat einen strengen Ueberwachungsdienst eingeföhrt, infolgedessen dieser Schleichhandel ein Ende gefunden hat. Im Zusammenhang damit steht das Verbot der Verabreichung von frischem Obst in Gast- Schank und Speisewirtschaften. Seit heute gilt für Znaimer Kirschen ein Einheitspreis von K 3.08 im Gresshandel und von K 3.38 im Kleinhandel.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, dass nunmehr an die Fortsetzung der Beratung über den Hauptvoranschlag geschritten wird. Die Obmänner der Gemeinderätlichen Parteien haben sich geeinigt, die Gruppe 3 vorläufig auszuschalten und vorerst die Gruppen 2 und 4 bis 13 zu verhandeln.

VB. Hess begibt sich zum Referententisch.

Zur Gruppe 2 ergreift als erster Redner GR. Emmerling das Wort: Er anerkennt, dass es in der Kriegszeit ausgeschlossen sei einen geordneten Voranschlag aufzustellen und erklärt, dass es zweckmässiger gewesen wäre, statt eines Voranschlages für die Kriegszeit nur die entsprechenden Posten für deren Bedürfnisse einzustellen. In den verschiedenen Gruppen sind Beträge eingesetzt, von denen man mit Bestimmtheit voraussagen kann, dass sie durchgeführt werden können und <sup>fröhlich</sup> <sup>erlösten</sup> dann später als Ersparnisse im Abschlusse auf. Er verweist, dass es der Mühe wert wäre, jene Posten genau zu beachten, wodurch das Defizit noch eine grössere Höhe erreichen würde. Der Redner bemängelt, dass für die Bedeckung der Lasten eine Erhöhung der Einnahmen inx durch Erhöhung der Tarife von der städtischen Buchhaltung vorgeschlagen würde, was eine ungerechte Verteilung der Lasten nach sich ziehe.

Redner macht unter Berücksichtigung der Gruppe II Steuerwesen einige Vorschläge zur Erhöhung der städtischen Einnahmen und zwar durch eine Erhöhung der Hauszinsheller in einer durch das Gesetz ermöglichten Form. Er wendet sich aber gegen die Erhöhung der Erwerbsteuerklassen III und IV, in der zwar auch bedeutende Kriegsgewinner sich befinden, da viele

davon von der Steuerbehörde unmöglich erfasst werden können. Eine Einnahmenerhöhung sei auch durch eine Auflage zur Einkommensteuer ermöglicht, sowie durch Zuschläge zur Besoldungssteuer, deren niedrigen Ansatz mit einer Million Kronen im Voranschlag er begängelt. Ebenso verlangte er die Erhöhung der Gemeindeaufgabe für die Hundebesitzer und forderte künftighin die genaue Einstellung der Hundesteuerabschreibungen im Budget. Zum Schlusse erklärte Gemeinderat Emmerling, dass es nicht seine Sache sei, Steuervorschreibungen zu machen, aber nachdem in der Gruppe III die breite Masse mit bedeuten den Erhöhungen bedacht ist, habe er sich entschlossen, Vorschläge auf Erhöhung der Einnahmen zu erstatten. (Zwischenruf des Bürgermeisters: Herr Gemeinderat Emmerling, ich danke Ihnen für jede derartige Anregung).

Als nächster Redner nahm GR. Biber das Wort, der zunächst zwei Ausführungen seines Vorredners herausgriff und feststellte, dass von Seite der Gemeindevertretung stets Anstrengungen gemacht wurden, Zulagen für die Personaleinkommensteuer zu erreichen, die aber <sup>bisher</sup> kein Gehör fanden. Im weiteren Verlauf seiner Rede spricht er über das Steuerwesen und über die dadurch im Krieg dem Bürgertum und dem Gewerbestand aufgebürdete <sup>last</sup> <sup>last</sup>. Die Steuerschraube habe jetzt eine kolossale Veränderung erhalten, die <sup>große</sup> <sup>große</sup> Existenzen eine direkte Gefahr bedeutet. (Zwischenruf des GR. Leitners: Ruin!) Seine weiteren Ausführungen gelten der jetzt waltenden Praxis der Steuerbeamten. Er bekritisiert die jetzt übliche Einschätzung und tritt für die Abschaffung derselben ein, da dieselbe geeignet sei, <sup>in</sup> <sup>in</sup> unserem grossen Publikum besondere Strömungen zu erzeugen. Bezüglich der Einschätzung verlangt er <sup>unbedingt</sup> <sup>unbedingt</sup> die Berücksichtigung aller eingezogenen Sachverständigen-Gutachten.

Eine andere Art der Abhilfe ist, belehrend auf das Publikum einzuwirken; es wurde zu diesem Zwecke eine eigene Stelle geschaffen und könne man sich dadurch eine wirksame Abhilfe erhoffen.

GR. Breuer führt aus, dass seitens des deutschösterreichischen Gewerbebundes eine eigene Steuerschutz- und Auskunftsstelle ins Leben gerufen wurde, es sei kein Zweifel, dass die Errichtung einer derartigen Stelle gegenüber dem geradezu unfassbaren Vorgehen der Steuerbehörde eine dringende Notwendigkeit darstelle. Der grosse Krieg, der Lehrmeister für so viele Dinge habe auch bewiesen, dass ein Verschwinden des kleinen und mittleren Gewerbebestandes, der von so vielen gewünscht und propagiert wird, eigentlich ein Unglück für den Staat wäre. Gegenüber der derzeitigen Steuerpolitik müsse der Regierung endlich klar gemacht werden, dass sie dort zuzugreifen habe, wo es ohne Schädigung der Existenz möglich sei und Erleichterungen dort einzutreten haben, wo solche zur Weiterföhrung der Existenz unbedingt notwendig sind.



Nach dem Schlussworte des Berichterstatters VBGM- Hoss wird Gruppe 2 genehmigt.

Zu Gruppe 4 ( Gemeindegeld ) ist niemand zum Worte gemeldet.

Zur Gruppe 5 ( Sicherheitswesen ) bespricht GR. Lohner die gegenwärtigen Sicherheitszustände in Wien und wünscht eine zweckentsprechende Adjustierung für die Sicherheitswachmänner. Er bedauert, dass im Budget nicht ein Betrag für die Errichtung einer Hauptfeuerwache im 21. Bezirk eingesetzt ist. Die Bezüge der Feuerwehrleute seien ihren Leistungen nicht angemessen.

GR. Leitner bemängelt die Sorglosigkeit, mit der in den hiesigen Leihanstalten die Filme aufbewahrt werden und trat insbesondere dafür ein, dass deren Transport nicht in einfacher Verpackung sondern in guten Kartons vorsichtig gehen soll. Weiters verlangt er, dass die von der Feuerwehrzentrale vorgeschlagenen Sicherheitsvorkehrungen in entsprechender Weise und in kürzester Zeit erledigt werden.

In seinem Schlusswort dankt der Referent dem Gemeinderate Lohner für die der Wiener Berufsfeuerwehr gezollte Anerkennung, dehnte dieselbe auch auf die freiwilligen Feuerwehren aus und versicherte, dass er der endlichen Inangriffnahme der Erbauung eines Hauses für die Hauptfeuerwache im XX. Bezirk, was leider jetzt die Kriegsverhältnisse jetzt nicht ermöglichen, seine volle Aufmerksamkeit schenken werde. Bezüglich der vom Gr. Leitner verlangten Sicherheitsvorkehrungen für die Verwahrung und den Transport der Filme bemerkte er, dass die betreffenden magistratischen Vorschläge bisher leider noch nicht die Zustimmung der staatlichen Behörden gefunden haben.

Hierauf erfolgte die Annahme der Gruppe 5.

Zur Gruppe 6 (Verkehrswesen) sprach GR. Lohner. Er bekrittelt die skandalöse Betriebsführung der elektrischen Strassenbahn nach Pressburg, die in der Absicht gebaut wurde, eine schnelle Verbindung mit dem Nachbarlande herzustellen, keineswegs aber dieser Anforderung entspreche. Er bemängelt auch den dort bestehenden Usus, eine einzige Kasse und knapp vor dem Zugabgang zu eröffnen, was zur Folge habe, dass die meisten Passagiere, um nicht bei der Kassa gedrängt zu werden, sich lieber ohne Karte in die Waggonen setzen und durch der Betriebsleitung eine ungerechtfertigte und enorme Mehreinnahme sichere. Der Redner forderte bei Besprechung der städt. Fuhrwerksbetriebe für die Strassenpflege die eheste Einführung des Systems Hartwich für den Kehricht-Transport und seinerzeit die Gemeinde ankaufte, und bis jetzt nicht verwertete. Weiters sprach der Redner gegen das Unsachmässige und unhygienische System der Strassenbespritzung und begrüss

te die Einstellung eines Betrages im Budget für die Versuche mit verschiedenen Strassenbindemitteln. Zum Schlusse forderte er die im Interesse des Strassenbahnverkehrs liegende baldige Fertigstellung der Aspern- und Franz-Josefsbrücke.

VBGM. Hoss teilte in seinem Schlusswort mit, dass die Aspernbrücke im Herbst zur Gänze und die Franz Josefsbrücke zur Hälfte fertiggestellt sein werde. Hierauf gelangte die Gruppe 6 zur Annahme.

Bei Gruppe 7 ( Markt und Approximierungswesen ) bespricht GR. Bartik ( pro ) die verschiedenen Vorkehrungen, die die Gemeindeverwaltung während des Krieges getroffen hat um den Bedürfnis der 2 Millionen-stadt zu entsprechen, so die Umgestaltung des Naschmarktes, die Erbauung des Kühlhauses, die Ausgestaltung des Fleischmarktes und Lagerhauses und so weiter, die aber alle nichts nützen, wenn durch gewisse Verordnungen die Beschickung der Märkte unterbunden werde. Der Bürgermeister hat grosse Mengen von Lebensmitteln für die Bevölkerung in den ersten Kriegsjahren aufgebracht, so 188 Waggon Kaffee, mit der der Regierung und der Kaffeesiedergenossenschaft ausgeholfen wurde. Ferner wurden 13 Waggon Zucker einge- kauft, welche Menge die klaglose Einführung der Rayon-ierung ermöglichte, da zur Zeit derselben die Regierung selbst über keinen Zucker verfügte. Gleich in den ersten 14 Tagen des Krieges hat die Gemeinde von einem Kauf von 4500 Waggonen Mehl in Ungarn sofort 500 Waggonen Mehl auf den Donauschleppern nach Wien gebracht, da alle sonstigen vorhandenen Vorräte die Militärverwaltung beschlagnahmte und für sich verwendete.

Weiters spricht der Redner vom Ankauf von 75 Waggonen Milchkonserven, 170 Waggonen Meis, 250 Waggon Bohnen, 13 Waggon Butter, 60 Waggon Fett, 85 Waggonen Schweinefett und 45 Waggon Kunstfett. Ausihren Vorräten hat die Gemeinde Wien derzeit mit Schweine- speck ausgeholfen. Die Fleischankäufe beliefen sich auf 192 Waggon Fleisch und 32.000 Stück Lebendvieh, Milchkühe und Zuchttiere. Auch wurden 30.000 Einstellschweine angekauft. Der Redner kommt sodann auf die schweren Sünden der Zentralen Bewirtschaftung zu sprechen und geht in erster Linie mit der Kriegsgetreideverkehrsanstalt streng ins Gericht. Die zur Aufbringung des Brotgetreides errichtete Stelle hat im Jahr 1915 bei einer Ernte von 31.8 Millionen Meterzentner Brotgetreide ( Korn, Weizen und Gerste ) bloss 11.6 Millionen Meterzentner erfasst; im Jahre 1916 von geernteten 26.3 Millionen 9.6 und im letzten Jahre von 23.4 Millionen 7.2 Millionen aufzubringen verstanden. Alles Uebrige habe der Schleichhandel erfasst. Er rügte die in den Zentralen vorkommende Protektionswirtschaft bezüglich der Zuweisungen, die jetzt fast ausnahmslos nur an die den Zentralen nahestehenden Faktoren erfolgt,

widmete einige Worte der Sauerkrautmisere und führt einige Beispiele an über die höchst ungerechte Verteilung von Malzkaffee und Zwirn seitens der Zentralen.

Der Redner bespricht sodann die Vorkehrungen der Gemeinde Wien auf dem Gebiete des Ernährungswesens; sie habe das menschenmöglichste getan, um die Not der Wiener Bevölkerung etwas zu lindern. Sie war bestrebt, die Betriebe der kleinen Milchmaier aufrecht zu erhalten, so dass die nach Wien eingelieferte Milchmenge ansehnlich vermehrt wurde. Sie habe aber auch selbsttätig in die Produktion eingegriffen und neben dem Kobenzl und dem Wallhof bei Rannersdorf, wo 240 Stück Grossrinder zur Milchgewinnung und Zucht gehalten werden, in der Lobau einen intensiven Kartoffel- und Gemüsebau durchgeführt. Hier wird auch Heu in grossen Mengen gewonnen und ein Weidebetrieb für Rinder und Jungvieh und in

kürzester Zeit auch für einige tausend Schafe durchgeführt werden. Von den Pachtgütern sind Deutsch-Altenburg und der „Weisser Hof“ bei Kritzendorf zu erwähnen. Auf den ersteren sind 80 Stück Rindvieh eingestellt, der letztere dient zur Aufzucht von reinrassigem Jungvieh. Die Gemeinde Wien hat ferner Verträge mit Gutsbesitzern abgeschlossen über die Einstellung von Rindvieh zwecks Milchgewinnung, sowie Mästung von Schweinen. Eben jetzt befindet sich ein grosse Schweinemastanstalt im Bau, wodurch es möglich sein werde, 12- bis 15.000 Fettschweine pro Jahr zu produzieren. Die Milchwirtschaft der Gemeindeverwaltung ermögliche nicht nur den Milchbedarf sämtlicher städtischer Anstalten zu decken, es werde ausserdem noch eine Menge von fast 9000 Liter Milch täglich in den allgemeinen Verbrauch übergeleitet.

Der Redner bespricht sodann die Tätigkeit der Zentralen und bezeichnet die völlige Ausschaltung des legitimen Handels als einen groben Fehler. Es sei ja selbstverständlich, dass der Handel im Kriege nicht frei schalten könne, dass in Kriegzeiten andere Formen eingeführt werden müssen. Der legitime Handel hätte jedoch unter gewissen Carante zur Mitarbeit herangezogen werden müssen. Tausende Waggonen von Lebensmitteln seien zugrunde gegangen, weil sie entweder nicht fachgemäss behandelt oder nicht mit der erforderlichen Sorgfalt betreut wurden. Es sei zu verwundern, dass die Sozialdemokraten noch immer und hartnäckig den Bestand der Zentralen verteidigen, die doch auf allen Gebieten ein Fiasko erlitten haben. Im Interesse der ganzen Bevölkerung müsse jeder einzelne für den Abbau der Zentralen eintreten. ( Lebhafter Beifall ).

GR. Knoll sagt, dass man bei den jetzigen Approximierungsverhältnissen bedenken müsse, dass die Gemeinde Wien ein Teil der Festung sei, die von den Feinden belagert werde. Dass aber die Verhältnisse soweit gedeihen konnten, daran seien nur die Zentralen mit ihrer unrationellen Bewirtschaftung der Lebensmittel Schuld. Hätte die Gemeinde Wien das Recht bekommen, sich selbst zu versorgen, was ja der Bürgermeister wiederholt verlangt habe, wäre es nie zu den Verhältnissen gekommen, unter denen wir jetzt so leiden. Da habe es aber immer geheissen, dass man dann auch anderen Städten dasselbe Recht einräumen müsste, als ob die Zweimillionenstadt mit anderen kleineren Städten verglichen werden könnte. Er schlage vor, dass jetzt noch die Gemeinde Wien mit einem entsprechenden Kapital eine Grosseinkaufsgesellschaft bilden möge, die auch nach dem Kriege ihre Tätigkeit fortsetzen sollte.

Die Post wird sodann angenommen.

Bei Post 8 ( Sanitätswesen ) ergreift Dr. Löwenstein das Wort.



Er sprach von dem grossen Komplex, von Erfordernissen auf gesundheitlichem Gebiete und erhob schwere Anklagen gegen die Stadtverwaltung, die es unterlassen habe, irgendwelche Vorkehrungen bisher zu treffen. Dieses Schuldbekennnis hat der Staat selbst durch seine Minister für Volksgesundheit in der Reichsratssitzung vom 15. März abgelegt, da er erklärte, dass die österreichische Gesundheitsverwaltung im kleinsten Stil organisiert ist. Unter solchen Verhältnissen tritt der Redner für die Selbsthilfe der Gemeinde ein, damit wenigstens ein teilweises Eingreifen in die Lücken der Volksgesundung erfolge. Bei dieser Gelegenheit dankt GR. Löwenstein dem Physikat mit seinem ausgezeichneten Aerztestand, den Bezirksärzten, sowie den Anstalten und ihren Amtsärzten für ihre besonderen im Kriege vollzogenen Leistungen. Auf die Schaffung des städtischen Gesundheitsamtes kommand, das am 1. September ds. J. aktiviert werden soll, erklärte der Redner, dass dieses Amt nur dann seinen Zweck erfüllen werde, und eine vollwertige Abteilung des Magistrates sein werde, wenn ihm die wichtigsten Arbeiten der Sanitätsverwaltung zur alleinigen Entscheidung vorgelegt werden. Weiters muss dieses Amt auch fernerhin das Sachverständigenorgan der Gemeinde bei allen Fragen der Gesundheitspflege bleiben. Da die Bewältigung der enormen Arbeiten an die Aerzte besondere Anforderungen stellen wird, so ist es in erster Linie ausdrücklich notwendig, dass die Amtsärzte eine Verbesserung ihrer amtlichen Stellung und ihrer materiellen Lage erhalten. Der Redner verlangte bei der Vorrückung der Aerzte die gleiche Behandlung, wie sie die anderen Gemeindebeamten mit Hochechulbildung erfahren, insbesondere aber eine erweiterte Vorrückung in die 7. Rangklasse. Er fordert, dass der Ober-Physikus in die 4. Rangklasse, die beiden Stadt-Physici in die 5., ebenso wie die Leiter der Anstalten zu gelangen haben. Für die in den städtischen Versorgungsanstalten tätigen Beamten sei eine erhöhte Personalzulage zu bewilligen, da diese keiner Praxis nachgehen können und eine erhöhte Mehrleistung in den Anstalten bewerkstelligen müssen. Auf die Aufgaben des Gesundheitsamtes übergehend, sei in erster Linie insbesondere der Tuberkulosenbekämpfung ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden, deren Verhältnisse sich im frische bedeutend verschlimmert haben. Es sei zwar ein Verein gegründet worden, der 23 Millionen für diesen Zweck sammelte, doch ist von dessen Tätigkeit bisher weiter nichts bekannt. An der Hand statistischer Daten wies der Redner die Zunahme der tuberkulösen Todesfälle während der Kriegszeit, und rügte die Unzulänglichkeit der bestehenden Heilungsanstalten und Bettstiftungen. Nur enorme Mittel könnten zu einer grossen Tuberkuloseaktion erfolgreich führen, doch sei hierbei auch die Frage der Sanierung der Krankenanstalten ins Auge zu fassen, was wohl von einer Regierung, die sich in dieser

Vor allem sei es notwendig ein grosses Spital für schwere Fälle von Tuberkulose zu besitzen und dazu eignet sich das Kriegsspital N° 1 in Grinzing ganz vorzüglich. Die Schwierigkeiten bezüglich der Ernährung im Kriege seien allerdings unüberwindlich. Mit der Erwerbung des Flüchtlingslagers in Steinklamm sei für die Unterbringung und Heilung erwerbsfähiger Tuberkulöser ein verheissungsvoller Anfang getan. Die Bekämpfung einer Volksseuche, wie es die Tuberkulose ist, dürfe jedoch nicht im Wege von Fürsorgeaktionen erfolgen, es sei dies vielmehr die Aufgabe des Staates, des Landes und der Gemeinde, die auf diesem Gebiete einträchtig zusammenwirken müssen. Nicht minder wichtig, als die Fürsorge für Tuberkulösen sei die Säuglingsfürsorge. Redner bespricht sodann das ungeheure Anschwellen der Geschlechtskrankheiten im Kriegsland erklärt, dass deren Bekämpfung nur durch die Einführung eines gewissen Zwanges und durch die weitestgehende Aufklärung der Jugendlichen wirksam erfolgen könne. Die Aktionen für die Gesundheit der Bevölkerung werden grosse Mittel erfordern. Aber auch die letzte Milliarde müsse aufgebracht werden und sei unschwer zu beschaffen, wenn die Produktionskraft des Reiches gehoben wird. Dazu bedarf es jedoch allerdings einer energischen zielbewussten und fähigen Regierung. Der Gemeinderat werde, davon sei er überzeugt, einmütig und einträchtig zusammenarbeiten, um das Seinige beizutragen, die Bevölkerung gesund zu machen und zu erhalten. ( Lebhafter Beifall ).

Bei Gruppe 9 ( Armenwesen ) führt GR. Bretschneider aus, dass die Armen-, Pflege- und Waisengelder trotz der erfolgten Erhöhung bei den heutigen Verhältnissen unzureichend seien wenn sie auch in ihrer Gesamtheit gewaltige Summen ausmachen. Was die Zusammensetzung des Institutes der Armenräte anbelangt, müsse wieder darauf verwiesen werden, dass die Armenräte nur einer einzigen Klasse der Bevölkerung entnommen werden und dass die Sozialdemokraten verlangen, dass eine Ausgestaltung auch dieser Organisation in der Richtung erfolge, dass auch Vertrauensmänner der Partei des Redners mit herangezogen werden. Nach Besprechung der Fragen der Jugend- und Arbeiterfürsorge, spricht Redner über die Wohnungsfrage und sagt : Die Gemeinde Wien hat jetzt auf diesem Gebiete alles versucht, was möglich, eine Besserung herbeizuführen, aber alles was die Gemeinden in ihrem Wirkungskreise tun können ist nichts als ein Tropfen auf einen heissen Stein. In erster Linie muss die Regierung einschreiten um eine Wohnungspolitik im grossen Gebiete zu betreiben. In Deutschland wurde dies auch erkannt und ein Staatskommissariat für Wohnungswesen geschaffen, in Oesterreich geschieht nichts, trotzdem die Gemeinde Wien, bereits eine Reihe bestimmter Forderungen gestellt hat. Es müsse daher ein letzter Versuch gemacht werden, um die Regierung an ihre Pflicht zu erinnern und sie aufmerksam zu machen, dass sie

zu erinnern und sie aufmerksam zu machen, dass sie durch ihr Nichtstun eine grosse Gefahr nicht nur für die Bevölkerung sondern auch für den Staat heraufbeschwört. Weiters sei vorzuzorgen, dass das Verkehrswesen in entsprechender Weise nicht nur für das Stadtgebiet verbessert werde, sondern, dass auch an den Staat die Forderung herantritt, dafür vorzuzorgen, dass die Arbeiter die zu erwartenden steigenden Wohnungspreise an die Peripherie oder über dieselbe hinaus beanen wird bequem und billig ihre Wohnungs- und Arbeitsstätte erreichen können. Zum Schlusse verlangte der Redner eine grundlegende Abänderung im Armenwesen. Nach dem Schlussworte des Referenten wurde die Gruppe 9 und hierauf debattenlos die Gruppe 10 angenommen.

Zur Gruppe 11 sprach GR. Paulitschke! Er hält es für merkwürdig, dass trotz des 3. Kriegsjahres noch immer 166 Schulen im Dienste der Militärbehörden stehen und weist auf die grossen Gefahren des Halbtagsunterrichtes hin, die einen Tiefstand der Bildung und eine Verrohung der Jugend mitsichbringen. Er appelliert an die Militärverwaltung wegen sofortiger Rückgabe der Schulen, und bittet das Präsidium mit allem Mitteln dies anzustreben, um die Gesundheit, die Sitten und die geistige Kraft, in der Schule wieder gefördert werden könne.

Zur Gruppe 12 ( Konskriptionswesen ) erneuert GR. Reininger den schon seinerzeit von ihm gestellten Antrag, die Strassenkabeln nicht höher als 3 Meter, die Hausnummern nicht höher als 2 Meter anzubringen, da sie bei der gegenwärtigen Praxis sehr oft nicht zu lesen seien. Die Post wird hierauf angenommen.

Bei Gruppe 13 ( Verschiedenes ) beantragt der Referent VB. Hoss die Post Kriegszulagen für die städtischen Angestellten von 20.000 Millionen auf 30. Millionen Kronen zu erhöhen. ( Angenommen ).

Damit ist das Budget bis auf Gruppe 3 und Bilanz und Bedeckung erledigt.

Die Sitzung wird hierauf abgebrochen.

Frage lediglich mit der Auseinandersetzung von Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Ministerien nicht zu erwarten sei.

*Beifall*